

24. April 2017

Stahlindustrie in Deutschland: Umfeld weiterhin von wachsenden Unsicherheiten geprägt

Globale Strukturprobleme, eine unzureichende europäische Außenhandelspolitik sowie drohende Belastungen durch den EU-Emissionsrechtehandel bestimmen das Umfeld der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Zusätzlich bereiten mögliche Folgen der künftigen US-Handelspolitik immer größere Besorgnis. Daher bewegt sich die moderate konjunkturelle Erholung der Stahlindustrie auf einem zunehmend unsicheren Fundament.

„Die Europäische Union steht vor einer großen industriepolitischen Herausforderung. An der Stahlindustrie macht sich beispielhaft fest, ob und wie die EU auf Gefährdungen ihrer industriellen Basis reagieren will“, sagt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Es brauche jetzt mutige Entscheidungen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie in einem veränderten internationalen Umfeld zu erhalten. „Protektionismus abzulehnen und gleichzeitig konsequenten Handelsschutz gegen unfaire Marktteilnehmer sicherzustellen, sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten einer Medaille“, stellt Kerkhoff mit Blick auf aktuelle Verlautbarungen aus den USA sowie den Importdruck von Dumpingstahl aus China und weiteren Ländern klar.

Bei der Bewältigung der globalen Strukturkrise stehe China weiterhin im Fokus, da rund zwei Drittel der weltweiten Überkapazitäten auf dieses Land entfallen. Trotz angekündigter Schließungspläne fahre die chinesische Stahlindustrie aktuell die Produktion hoch statt Anlagen tatsächlich vom Markt zu nehmen. Von dieser Seite sei keine Entspannung zu erwarten. „Leider geht Brüssel die Modernisierung der EU-Handelsschutzinstrumente bislang nur äußerst zaghafte an. Zudem ist die Gefahr vorhanden, dass es künftig für China deutlich leichter werden könnte, Dumpingstahl nach Europa zu exportieren“, sagt Kerkhoff.

Brüssel sei beim Emissionsrechtehandel mit drohenden milliardenschweren Auflagen für die Stahlindustrie auf falschem Kurs. „In den kommenden sechs Wochen entscheidet sich die Investitionsperspektive und Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie für die nächsten Jahre. Wenn es jetzt nicht zu Fortschritten kommt, muss das Thema Emissionsrechtehandel angesichts seiner industriepolitischen Bedeutung von der Bundeskanzlerin in die Hand genommen werden“, so Kerkhoff.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 70 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de

Rückfragen
Klaus Schmidtke
Leiter Öffentlichkeitsarbeit

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07- 115 oder -116
Fax +49 (0) 211 67 07-676
Mail klaus.schmidtke@stahl-zentrum.de